

Ersatzzahlung verbessert den Naturschutz in Niedersachsen

- Erläuterungen zur überarbeiteten Eingriffsregelung im Landesnaturschutzgesetz -

Von Dr. Holger Spreen, Wissenschaftlicher Referent, Hannover

Die bisherigen Erfahrungen mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Niedersachsen haben gezeigt, dass oft nur wenig effektive Maßnahmen umgesetzt werden, die einerseits der Umwelt keinen angemessenen Vorteil verschaffen, andererseits aber hohe Kosten verursachen. Die Absicht des Gesetzgebers, Eingriffe in Natur und Landschaft zu kompensieren, wird damit nicht immer erreicht. Zudem gehen nicht selten für die Landwirtschaft wertvolle Flächen verloren, weil sie trotz naturschutzfachlich geringer Eignung mangels Alternativen für Kompensationsmaßnahmen herangezogen wurden. Viele Bürger und vor allem Betroffene haben das zu Recht nicht mehr verstanden.

Der Niedersächsische Landtag hat diesen Missstand inzwischen beseitigt und die Eingriffsregelung im Naturschutzgesetz um das Instrument der Erstatzung erweitert. Es sind Konstellationen denkbar, in denen ein Eingriff in Natur und Landschaft weder mit dem Instrument der Ausgleichsmaßnahme noch mit einer Ersatzmaßnahme vollständig kompensierbar ist. Auch in Niedersachsen wird zukünftig wie in vielen anderen Bundesländern selbst bei überwiegendem Interesse an dem Vorhaben eine Kompensation fällig, indem vom Verursacher eine Erstatzung zu leisten ist. Dieser wird damit anderen Verursachern gleichgestellt, die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen haben. Das Instrument der Erstatzung bietet schließlich den Landkreisen und kreisfreien Städten einen Vorteil bei der Gewerbeansiedlung, indem sie für Unternehmen notwendige Kompensationsflächen vorhalten und die naturschutzfachlich erforderlichen Maßnahmen gegen Erstattung der Kosten planen und ausführen lassen können. Der Naturschutz wird damit erheblich gestärkt, wie der Beitrag mit seiner Darstellung der Veränderungen in der Praxis verdeutlicht.